

Tagesordnung I Punkt 5 der öffentlichen Sitzung am 17.11.2005

Vorlage Nr. 05-F-03-0123

Gezielt fördern - Zukunft sichern":

Unstrittige Handlungsvorschläge des kommunalen Bildungsberichts und des Gutachtens von Prof. Hradil unverzüglich verwirklichen

Antrag der Stadtverordnetenfraktion von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 08.11.2005

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, den von den Stadträten Wolfgang Hessenauer, Peter Grella und Rita Thies erstellten 'Sozialbericht zur Bildungsbeteiligung in Wiesbaden' sowie das dazu erstellte Gutachten von Prof. Hradil unverzüglich den zuständigen Ausschüssen und Kommissionen des Stadtparlamentes und des Magistrates zur Beratung zuzuleiten.

Der Magistrat soll dafür Sorge tragen, dass die unstrittigen Handlungsvorschläge des kommunalen Bildungsbericht ohne weiteren Verzug umgesetzt werden.

Dies heißt insbesondere:

Das Sozial- und Schuldezernat werden beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Integrationsdezernat ein kommunales Handlungsprogramm Eltern- und Familienbildung zur Bekämpfung der Bildungsarmut und zur Förderung der Bildungsbeteiligung von Kindern aus bildungsfernen Bevölkerungsgruppen in Wiesbaden zu entwickeln.

Der notwendige Ausbau der Tagesbetreuungsangebote für Kindern unter drei Jahren wird zur Förderung der frühkindlichen Entwicklung gezielt vorangetrieben.

Zur verbesserten Förderung der Bildungsbeteiligung von Kindern aus bildungsfernen Familien werden die Ganztagsangebote an Grundschulen ausgebaut.

Die spezifischen Bedarfe von Kindern mit Migrationshintergrund und von deren familiären Umfeld sind bei der Ausgestaltung der entsprechenden Maßnahmen zu berücksichtigen, wie dies im Integrationsbericht 2004 der Landeshauptstadt Wiesbaden im Bezug auf den „Sozialbericht zur Bildungsbeteiligung“ vom Magistrat gefordert wird.

Soweit dies durch Punkt 3 nicht bereits abgedeckt ist, sind darüber hinaus folgende Handlungsschritte anzugehen:

Die Schulen sollen gemeinsam mit der Schulsozialarbeit Strategien der Förderung und Krisenintervention - insbesondere bei männlichen Migranten - verstärken, um die Bildungsabbrüche und Schulabgänge ohne Abschluss deutlich zu reduzieren.

Zielgruppengenaue, elternnahe und dezentrale Maßnahmen auf dem Gebiet der Familienbildung sind weiter zu verstärken.

Die Sprachförderung von drei- bis sechsjährigen Kindern und von ihren Eltern wird gezielt ausgebaut.

Um den eigenständigen Bildungs- und Erziehungsbeitrag von Eltern, Initiativen, Vereinen und anderen nicht-kommunalen Institutionen zu stärken, werden deren selbst organisierten Angebote verstärkt gefördert und mit dem Leistungsangebot von KiTas, Schulen und Horts vernetzt.

Es gilt die Erfahrungen von erfolgreichen Schulen wie z.B. der Goetheschule im Hinblick auf ein 'Best-practice'-Verfahren zu nutzen, um Kindern aus bildungsfernen Schichten und um Kindern mit Migrationshintergrund mit entsprechenden Handlungskonzepten zu guten schulische Ergebnisse zu führen und die Abwanderung von Kindern aus bildungsnahen Schichten zu verringern. Deshalb soll die Übertragbarkeit dieser Konzepte (z.B. die konsequente Durchführung eines muttersprachlichen Unterrichtes und dessen Eingliederung in den Vormittagsunterricht, die interkulturelle Erziehung und der interkulturelle Unterricht) auf andere Schulen untersucht und die hieraus gewonnenen Erkenntnisse umgehend umgesetzt werden.

Der Magistrat wird gebeten, die oben beschriebenen, neuen und an den Schulen verstärkt anzugehenden Bildungsziele in einem Sonderprogramm „Gezielt fördern – Zukunft sichern“ zusammenzufassen und umgehend die finanziellen Kosten hierfür darzustellen.

Ebenso wird der Magistrat gebeten, die im Gutachten von Prof. Hradil angesprochenen wissenschaftlichen Nachuntersuchungen auf ihre Plausibilität hin zu überprüfen und die finanziellen Mittel für eventuell notwendige ergänzende Studien im Haushalt 2006 bereitzustellen.

Um all die genannten Anstrengungen auf einander abzustimmen und die Kompetenz von Experten, von Eltern, Vereinen, anderen nicht-kommunalen, bildungsrelevanten Institutionen sowie der Vertreter der vorschulischen und schulischen Bildungseinrichtungen zu nutzen, bereitet der Magistrat umgehend die Durchführung eines kommunalen Bildungsgipfels vor. Hierzu beruft er eine Vorbereitungsgruppe ein und legt fest, welchem Dezernat die Federführung in der Konzepterstellung, Organisation und Umsetzung des Bildungsgipfels übertragen wird.

Beschluss Nr. 0496

Der Antrag der Stadtverordnetenfraktion von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 08.11.2005 betr.

„Gezielt fördern - Zukunft sichern“
Unstrittige Handlungsvorschläge des kommunalen Bildungsberichts und des Gutachtens von Prof. Hradil unverzüglich verwirklichen

wird abgelehnt.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2005

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16-

Wiesbaden, .11.2005

Dezernat I
Dezernat VI
Dezernat VII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Diehl
Oberbürgermeister